

STADT VELBERT

NIEDERSCHRIFT

über die **Sitzung des Bezirksausschusses V.-Mitte**
am **Dienstag, dem 11.06.2019.**

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 19:25 Uhr

Sitzungsort: Saal Velbert, Rathaus, Thomasstraße 1, 42551 Velbert

Unter Vorsitz des Ausschussvorsitzenden, Ratsmitglied Herrn Hans Küppers, waren anwesend:

a) die Ausschussmitglieder

Frau El Ghanou	
Herr Feist-Lorenz	17:00 - 18:50 Uhr
Frau Klewer	für Frau Zander
Herr Kulakci	
Herr Malanda	
Herr Manck	
Frau Marth	
Herr Marth	ab 18:50
Herr Naudzus	
Herr Otterbeck	
Herr Rahn	
Herr Schorn	
Herr Seier	
Herr Simpich	
Herr Weißgerber	

beratend:

Herr Schwarz

b) von der Verwaltung

Herr Peitz	Kämmerer
Frau Enders	Fachbereich 6
Herr Leißner	Abt. 3.1
Herr Hubben	Abt. 3.1
Herr Wienek	TBV AöR

c) von der Presse

Herr Kahle	WAZ / Velberter Zeitung
------------	-------------------------

d) als Schriftführer

Herr Frege

Stabsstelle 01

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt eine form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anschließend genehmigt der Ausschuss folgende Tagesordnung:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Fragestunde für Einwohner
2. Anfragen
- 2.1 Anfrage der Fraktion Piraten Partei
Maßnahmenpaket für ein sauberes Velbert
3. Beschlussfassung über den Lärmaktionsplan Stufe 3 für die Stadt Velbert
4. Schulentwicklungsplanung
- Neuerrichtung einer fünfzügigen Grundschule in Velbert-Mitte durch Zusammenlegung der GGS Sontumer Straße, der GGS Albert-Schweizer-Schule und der KGS Ludgerusschule
- 4.1 Schulentwicklungsplanung
- Neuerrichtung einer fünfzügigen Grundschule in Velbert-Mitte durch Zusammenlegung der GGS Sontumer Straße, der GGS Albert-Schweizer-Schule und der KGS Ludgerusschule
5. Beschlussfassung über den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 611 – Friedrichstraße /
Bahnhofstraße – und dessen öffentliche Auslegung
6. Einleitungsbeschluss für die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 718.01
– Autowaschanlage Metallstraße –
7. Vermarktung des ehemaligen Hertie-Standorts im Investorenauswahlverfahren
8. Anfragen in Verkehrsangelegenheiten
9. Bericht der Verwaltung über geplante Baumentnahmen
10. Berichtswesen
11. Nachträge
12. Mitteilungen der Verwaltung
13. Verschiedenes

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

14. Anfragen
15. Nachträge
16. Mitteilungen der Verwaltung
17. Verschiedenes
18. Bekanntgabe des wesentlichen Inhalts von in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüssen

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Fragestunde für Einwohner

Von einem anwesenden Einwohner wird nachgefragt, ob die Einstellung der Sitzungsunterlagen zur gemeinsamen Sitzung des BZA V.-Mitte, des Umwelt- und Planungsausschusses sowie des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing am 10.07.2019 frühzeitig möglich sei.

Seitens des Vorsitzenden wird hierauf geantwortet, dass die Unterlagen zurzeit zusammengestellt würden und eine Versendung / Veröffentlichung durch die Verwaltung frühzeitig angestrebt werde.

Weiterhin wird nach neuen Erkenntnissen der Probebohrungen im Bereich „Große Feld“ gefragt.

Dies wird von der Verwaltung dahingehend beantwortet, dass sich keine neuen Erkenntnisse ergeben haben.

Ein Bürger spricht die Sperrung der A 44 (Ausfahrt Werden / Klinikum) an und fragt nach dem Sachstand und der Dauer.

Hierauf erläutert die Verwaltung das Verfahren, dass durch Straßen.NRW ausgeführt werde. Wie lange die Sperrung noch erforderlich sein werde, sei von ihr nicht abschätzbar.

Zum Breitbandausbau in Velbert-Langenberg regt ein Bürger an, dass neben der Firma Netcologne auch die Stadtwerke Velbert GmbH als Anbieter auftreten solle. So habe man ein weiteres Unternehmen, auf welches man ausweichen könne.

Seitens des Vorsitzenden wird darauf hingewiesen, dass diese Thematik in den BZA V.-Langenberg gehöre. Man werde aber die Stadtwerke Velbert GmbH bitten, den Bürger zu informieren.

2. Anfragen

2.1 Anfrage der Fraktion Piraten Partei Maßnahmenpaket für ein sauberes Velbert

Vorlage: 208/2019

Die Anfrage der Piratenpartei wird von der Verwaltung wie folgt beantwortet:

Frage 1:

Hier wird auf die Ergänzung zur Vorlage 173 / 2018 hingewiesen. Außerdem sind im Jahr 2018 zwei zusätzliche Mitarbeiter für den Außendienst des KOD eingestellt worden. Zurzeit läuft die Einarbeitung von weiteren 2 Mitarbeitern.

Frage 2:

Im Jahr 2018 wurden 631 Ordnungswidrigkeitsverfahren durchgeführt. Darüber hinaus wurden 94 mündliche Verwarnungen ausgesprochen.

Frage 3:

An 10 Standorten wurde die Intervalle erhöht. Aus Wirtschaftlichkeits- und Zweckmäßigkeitsgründen konnten die Intervalle nicht an allen Standorten erhöht werden.

Frage 4:

Im Jahr 2018 wurden insgesamt 513 Fälle von Verschmutzungen registriert.

Frage 5:

Es wurden 4 Fälle im Jahr 2018 gemeldet.

Frage 6:

Nach Ansicht der Verwaltung geht dies nur über eine höhere Bestreifungsfrequenz.

Frage 7:

im Jahr 2018 wurde 1 Container in Brand gesetzt. Für das Jahr 2019 sind bereits 4 Brandfälle zu registrieren.

Frage 8:

Alle aufgestellten Container entsprechen den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften.

Frage 9:

Die Lärmschutzvorschriften werden eingehalten. Bei jeder Standortwahl, werden gerade auch diese Voraussetzungen geprüft.

Frage 10:

Ja! Seit dem Jahr 2018 ist die TBV AöR für die Rattenbekämpfung an den Containerstandorten zuständig. Alle Meldungen werden registriert.

Der Vorsitzende dankt der Verwaltung für die Antworten. Es sei jedoch festzustellen, dass sich die Antworten in den verschiedenen Sitzungen sehr ähnlich seien. In der Niederschrift des BZA V.-Mitte vom 06.06.2018 habe man bereits schon einmal vorgeschlagen, die Bußgelder anzuheben. Man versprach sich seinerzeit eine Verhaltensänderung der Verursacher. Städte wie Essen und Solingen seien hier bereits tätig gewesen und haben die Bußgelder drastisch angehoben. Auch die zuständigen Landesministerien plädierten für höhere Bußgelder bzw. härtere Strafen.

Von der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass der Bußgeldkatalog in Teilen angepasst worden sei. Auch die Aufstockung des KOD um weitere 4 Mitarbeiter könne, durch einen größeren Überwachungsdruck, zu einer Verhaltensänderung führen. In der Vergangenheit seien viele Aktionen des KOD zusammen mit der TBV AöR durchgeführt worden

Hieraufhin regt der Vorsitzende an, die Priorität der Aufgabenerledigung des KOD auf diese Aufgaben zu richten.

Von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird auf die Einführung der gelben Tonne im Jahr 2021 hingewiesen. Hinsichtlich des Hundekotes habe man in Heiligenhaus einen Beutelspender aufgestellt. Die Frage sei zu stellen, ob dies in Velbert auch möglich wäre.

Seitens der Fraktion Die Piraten wird dafür plädiert, die Kontrollen auszudehnen. Diese müssten auch außerhalb der Dienstzeit erfolgen. Im Übrigen seien die Zahlen der Verwaltung unglaubwürdig.

Weiterhin wird vom Sprecher der Fraktion Die Piraten darauf hingewiesen, dass der Containerstandplatz Lindenstraße ungünstig aufgestellt sei.

Vom Vorsitzenden wird angemerkt, dass in den Nachbarstädten große Plakatwände gegen die Thematik Verschmutzungen aufgestellt worden seien. Er bekräftige darüber hinaus nochmals, dass die Forderungen aus der Vorlage 173/2018 1. Ergänzungen weiterhin aufrecht gehalten werden

Antrag:

Anfrage der Fraktion Piraten Partei

Zu der Umsetzung des Maßnahmenpaketes bitten wir um einen Sachstandsbericht.

- 1) Welche Punkte des Paketes wurden in der Zwischenzeit umgesetzt und welche Verbesserungen wurden erzielt?
- 2) Wie viele und welche Art von Verstößen wurden durch den Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) festgestellt und geahndet?

- 3) An welchen Depotcontainerstandorten wurde das Entleerungsintervall erhöht?
- 4) Wie viele Verstöße gegen das Verunreinigungsverbot wie z.B. das Ablegen und Entsorgung von Müll auf wilden Kippen und an Containerstandorten wurden festgestellt?
- 5) Wie viele Verstöße wegen Nichteinhalten der Einwurfzeiten wurden dem Ordnungsamt gemeldet?
- 6) Welche Maßnahmen hat der KOD gegen die Verunreinigung und Nichteinhalten der Einwurfzeiten getroffen?
- 7) Wie viele Altpapiercontainer sind im Jahr 2018 und 2019 in Brand gesetzt worden? Welche Maßnahmen wurden eingeleitet, um dies zukünftig zu verhindern? Gibt es selbstlöschende Container?
- 8) Wie viele Glascontainer entsprechen den Vorgaben des Umweltbundesamtes für lärmgeminderte Container (RAL UZ21)?
- 9) Welche lärmschutzrechtlichen Vorschriften gibt es für die Aufstellung von Sammelcontainern und werden die Auflagen an allen Standorten eingehalten?
- 10) Wurde an Containerstandorten Rattenbefall gesichtet / gemeldet?

Beratungsergebnis: Ohne Beschlussfassung

3. **Beschlussfassung über den Lärmaktionsplan Stufe 3 für die Stadt Velbert**

Vorlage: 175/2019

Der Vorsitzende führt zur Vorlage aus, dass diese seiner Ansicht nach kürzer gefasst sein könne.

Von der Verwaltung wird vorgetragen, dass die Stadt Maßnahmen vorschlagen müsse. Einige Maßnahmen zielten auch Straßen.NRW.

Sie erläutert die 6 vorgesehenen Maßnahmen für Velbert-Mitte und nimmt die Hinweise aus dem Kreis der Mitglieder des BZA V.-Mitte auf.

Sodann fasst der Bezirksausschuss Velbert-Mitte folgenden

Beschluss:

1. Dem Lärmaktionsplan Stufe 3 für die Stadt Velbert wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, soweit erforderlich, für die Umsetzung einzelner Maßnahmen die notwendigen Beschlüsse vorzubereiten. Der Rat der Stadt Velbert und der Verwaltungsrat TBV nehmen zur Kenntnis, dass für die Umsetzung einzelner Maßnahmen zusätzliche Haushaltsmittel erforderlich sein können, soweit sie noch nicht veranschlagt sind.

Die Umsetzung einzelner Maßnahmen, soweit sie mit Ausgaben verbunden sind, steht unter dem Vorbehalt der Etat- und Konsolidierungsbeschlüsse des Rates.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür,
1 Enthaltungen (FDP)

**4. Schulentwicklungsplanung
- Neuerrichtung einer fünfzügigen Grundschule in Velbert-Mitte durch Zusammenlegung der GGS Sontumer Straße, der GGS Albert-Schweizer-Schule und der KGS Ludgerusschule**

Vorlage: 205/2019

Die Beratung und Beschlussfassung erfolgt unter TOP 4.1

Beschluss:

1. An der Kastanienallee wird eine neue fünfzügige Grundschule zum 01.08.2020 durch Zusammenlegung der bisher selbstständigen Grundschulen KGS Ludgerusschule, GGS Albert-Schweizer-Schule und GGS Sontumer Straße errichtet. Die Errichtung erfolgt unter folgenden Maßnahmen:
 - Die Grundschule trägt den Namen Gemeinschaftsgrundschule Kastanienallee.
 - Die Zügigkeit der Gemeinschaftsgrundschule Kastanienallee wird auf 5 Züge festgelegt.
 - Beginn der Maßnahme 01.08.2020
 - Standort der Schule ist Velbert-Mitte, Kastanienallee 19-21, 42549 Velbert
2. Die KGS Ludgerusschule wird zum 31.07.2020 gemäß § 81 Abs. 2 SchulG NRW aufgelöst.
3. Die GGS Sontumer Straße wird zum 31.07.2020 gemäß § 81 Abs. 2 SchulG NRW aufgelöst.
4. Die GGS Albert-Schweizer-Schule wird zum 31.07.2020 gemäß § 81 Abs. 2 SchulG NRW aufgelöst.
5. Die sofortige Vollziehung der getroffenen Maßnahmen zu 1 bis 4 wird gemäß § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 VwGO angeordnet. Die Anordnung liegt im öffentlichen Interesse.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

**4.1 Schulentwicklungsplanung
- Neuerrichtung einer fünfzügigen Grundschule in Velbert-Mitte durch Zusammenlegung der GGS Sontumer Straße, der GGS Albert-Schweitzer-Schule und der KGS Ludgerusschule**

Vorlage: 205/2019 1. Ergänzung

Der Sprecher der Fraktion Die Linke erläutert, warum seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen wird. Darüber hinaus stellt er die Frage, warum die neue Schule nicht direkt auf 6 Züge ausgerichtet wurde. Seine Fraktion gehe davon aus, dass langfristig weiterer zusätzlicher Schulraum notwendig werde.

Seitens der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass nur im Einschulungsjahrgang 2020/2021 ein 6. Zug erforderlich werde. Dieser könne im neuen Gebäude ohne Probleme beschult werden.

Weiterhin erläutert die Verwaltung die Änderungen im m Beschlussvorschlag der 1. Ergänzung. Diese seien aufgrund eines Hinweises der Schulaufsichtsbehörde notwendig geworden. Die Schulaufsichtsbehörde habe sich für diese Maßnahmen ausgesprochen.

Seitens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird bezweifelt, dass die Steigerungen im KITA-Bereich, über den Grundschulsektor in den Bereich der Sekundarstufe nicht berechnet werden könne. Ferner halte seine Fraktion eine 5 – 6 zügige Grundschule aus pädagogischer Sicht nicht für geeignet. Dies sei schon eine sehr große Schule.

Dies wird von der Verwaltung eingeräumt. Sie verweist auf das zu erstellende Schulkonzept, welches dies berücksichtigen müsse.

An die Verwaltung gerichtet, führt ein Sprecher der SPD-Fraktion aus, dass für jedes Jahr Schülerzahlen vorlägen und so immer eine Prognose möglich sein müsste.

Von der UVB-Fraktion wird nachgefragt, ob den die neuen Schulwegproblematiken im Hinblick auf die Sicherheit bereits im Vorfeld besprochen worden seien.

Vom Vorsitzenden wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass natürlich neben der Schule auch die Eltern gefordert sind, ihren Kindern den sicheren Schulweg nahezubringen.

Von der Verwaltung wird hierzu bestätigt, dass es in Velbert keine besonders unsicheren Schulwege gebe.

Der Sprecher der Fraktion Die Linke bittet, zukünftige neue Schulstandorte so zu wählen, dass das Motto „Kurze Beine, kurze Wege!“ gelte.

Die Verwaltung versichert, dass dies bei jeder Planung berücksichtigt werde.

Sodann fasst der Bezirksausschuss Velbert-Mitte folgenden

Beschluss:

1. An der Kastanienallee wird eine neue fünfzügige Grundschule zum 01.08.2020 durch Zusammenlegung der bisher selbstständigen Grundschulen KGS Ludgerusschule, GGS Albert-Schweitzer-Schule und GGS Sontumer Straße errichtet. Die Errichtung erfolgt unter folgenden Maßnahmen:
 - Die Grundschule trägt den Namen Städtische Gemeinschaftsgrundschule der Primarstufe Kastanienallee.
 - Die Zügigkeit der Gemeinschaftsgrundschule Kastanienallee wird auf 5 Züge festgelegt.
 - Beginn der Maßnahme 01.08.2020
 - Standort der Schule ist Velbert-Mitte, Kastanienallee 19-21, 42549 Velbert
2. Die sofortige Vollziehung der getroffenen Maßnahme zu 1 wird gemäß § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 VwGO angeordnet. Die Anordnung liegt im öffentlichen Interesse.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5. Beschlussfassung über den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 611 – Friedrichstraße / Bahnhofstraße – und dessen öffentliche Auslegung
Vorlage: 186/2019

Die Verwaltung erläutert Zweck und Anlass der Planung (Korrektur des bereits bestehenden Bebauungsplanes). Insbesondere verweist sie auf die Festsetzungen hinsichtlich der Lärmbelastungen für die einzelnen Grundstücke. Sie beantwortet die noch aufkommenden Fragen aus dem Kreis der Mitglieder des Bezirksausschusses.

Sodann fasst der Bezirksausschuss folgenden

Beschluss:

1. Dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 611 – Friedrichstraße/ Bahnhofstraße – einschließlich Begründung wird zugestimmt.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 611 – Friedrichstraße/ Bahnhofstraße – mit Begründung ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

Beratungsergebnis: 9 Stimmen dafür,
4 dagegen (SPD),
2 Enthaltungen (Bündnis 90 / Die Grünen)

6. Einleitungsbeschluss für die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 718.01 – Autowaschanlage Metallstraße –
Vorlage: 188/2019

Die Verwaltung erläutert, dass es sich um einen Einleitungsbeschluss handele. Es bestünden auch keine städtebaulichen Einwände gegen eine Autowaschanlage an dieser Stelle.

Der Sprecher der Fraktion Die Linke begründet die Ablehnung seiner Fraktion mit auftauchenden verkehrstechnischen Problemen an diesem Standort.

Der Bezirksausschuss Velbert-Mitte fasst den folgenden

Beschluss:

1. Die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 718.01 – Autowaschanlage Metallstraße – gemäß § 12 BauGB wird beschlossen.
2. Der Geltungsbereich beinhaltet die Flurstücke 112 und 107 (teilweise), Gemarkung Velbert, Flur 24 in Velbert-Mitte.
3. Der Bebauungsplan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB aufgestellt. Die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung ist gemäß § 3 BauGB sowie der vom Rat der Stadt Velbert beschlossenen Richtlinien durchzuführen.
4. Der Bebauungsplan Nr. 718.01 – Autowaschanlage Metallstraße – ersetzt bei Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 718 – Metallstraße –.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür,
1 dagegen (Die Linke),
0 Enthaltungen

7. Vermarktung des ehemaligen Hertie-Standorts im Investorenauswahlverfahren
Vorlage: 200/2019

Der Bezirksausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

FB 8 und Abt 3.1 werden beauftragt, die Entwicklung und Vermarktung des ehem. Hertie-Geländes entsprechend der in der Begründung dargestellten Zielvorstellungen (inkl. Ansiedlung eines Kinos) und der Vorgehensweise vorzunehmen. Hierzu werden externe Dienstleister (begleitendes Büro und Jurist) beauftragt.

Die Festlegung der Bewertungsmatrix zur Auswahl des Gewinnerbeitrags im Investorenauswahlverfahren ist durch die politischen Gremien zu beschließen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

8. Anfragen in Verkehrsangelegenheiten

1. Von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird darauf hingewiesen, dass an der neuen KITA Kastanienallee noch kein 30-er Schild montiert sei.

Die Verwaltung sagt eine Überprüfung zu.

2. Der Sprecher der Piraten-Fraktion weist auf tiefe Rillen in der Fahrbahndecke der Kastanienallee hin. Er regt an, diese tiefen Rillen mindestens mit einem Warnschild kenntlich zu machen.

Tiefe Rillen seien auch im Verbindungsweg Kastanienallee – Ahornstraße vorhanden. Es stelle sich die Frage, wann der Weg wieder hergerichtet werde.

3. Die CDU-Fraktion bittet zu prüfen, ob am Fußgängerüberweg Poststraße / Kolpingstraße zusätzliche Schwellen auf der Fahrbahn angebracht werden können, da sich Autofahrer nicht an die dort vorgeschriebene Schrittgeschwindigkeit hielten. Vom Vorsitzenden wird hierzu ergänzend mitgeteilt, dass gerade deshalb von der Polizei hier häufig kontrolliert werde.

Die Verwaltung sagt eine Überprüfung zu.

9. Bericht der Verwaltung über geplante Baumentnahmen

Eine Beratung ist nicht erforderlich.

10. Berichtswesen

Das Berichtswesen wird zur Kenntnis genommen.

11. Nachträge

Nachträge sind nicht zu beraten.

12. Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen erfolgen nicht.

13. Verschiedenes

1. Die Verwaltung wird gebeten, bei Neuanpflanzungen von Bäumen auf Allergiker belastende Bäume, wie Birken u.a., zu verzichten.

2. Die Verwaltung wird gebeten zu klären, warum Baumfällungen an der Friedrichstraße, gegenüber der Firma Tüller, erfolgten.

3. Zu der Frage, ob es bei der Abstandsregelung von Spielhallen einen Bestandsschutz gebe, führt die Verwaltung aus, dass dem nicht so sei. Im Einzelfall, sei die Regelung zum Abstand, unter Berücksichtigung von Härtefällen, zu prüfen. Im Zweifel könne dies auch zu verwaltungsgerichtlichen Verfahren führen.

Ende der öffentlichen Sitzung: 19:25 Uhr